

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	59. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. März 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

**Punkt 7 der Tagesordnung: Einrichtung einer Gemeinschaftsschule an der Ernst-Reuter-Schule zum Schuljahr 2015/2016
Vorlage 2014/0428**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat:

1. die Ernst-Reuter-Schule in eine zweizügige Gemeinschaftsschule umzuwandeln und diese zum Schuljahr 2015/2016 einzurichten.
2. die Grundschule am Standort der Ernst-Reuter-Schule zum Ende des Schuljahres 2017/2018 aufzuheben.
3. die Werkrealschule am Standort der Ernst-Reuter-Schule zum Ende des Schuljahres 2019/2020 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

13 Nein-Stimmen, Rest Ja-Stimmen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf.

Bürgermeister Lenz: Als vierte Karlsruher Schule hat sich nun auch die Ernst-Reuter-Schule auf den Weg gemacht, Gemeinschaftsschule zu werden. Die Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule beabsichtigt, dies zum Schuljahr 2015/2016 zu werden. Sie umfasst die Klassenstufen 5 - 10.

Wie Sie alle wissen, sind die bisherigen Gemeinschaftsschulen sehr nachgefragt. Mit der Ernst-Reuter-Schule würden wir dann schon so etwas wie Flächendeckung in alle vier Himmelsrichtungen hinbekommen. Gestatten Sie mir einen Satz zur Ausgangslage dieser Schulentwicklung. Ich denke schon, dass es ein Musterbeispiel einer kooperativen Schulentwicklung darstellt. Denn die besondere Ausgangslage, die besondere Situation in der Waldstadt besteht darin, dass es in einer Entfernung von nur 800 m zwei Werkrealschulen im Verbund mit einer Grundschule gibt, die Ernst-Reuter Schule und die

Eichendorffschule. Die Werkrealschule der Eichendorffschule ist aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen stark gefährdet. Die Werkrealschule der Ernst-Reuter-Schule ist stabil zweizügig, was sicherlich auch mit diesem seit vielen Jahren anerkannten sehr guten Ganztagsangebot zusammenhängt.

Mit dem Ziel, das Schulangebot in der Waldstadt zu sichern und zukunftsfähig zu machen, haben sich nicht nur die Schulen, sondern auch der Bürgerverein Waldstadt, das Staatliche Schulamt und unser Schul- und Sportamt auf den Weg gemacht, ein gemeinsames Konzept entwickelt, das eine zweizügige Gemeinschaftsschule mit den Klassenstufen 5 - 10 an der Ernst-Reuter-Schule und eine fünfzügige Grundschule mit Halbtages- und Ganztagesangebot an der Eichendorffschule vorsieht. Ich denke, diese Schulentwicklungsmaßnahme für die Waldstadt wurde unter dem besonderen Verdienst dieser Veranstaltung, von der Sie sicherlich Kenntnis genommen haben, auf Einladung des Bürgervereins im Stadtteil nicht nur vorgestellt, sondern mit dieser Art und Weise wurde auch eine sehr große Akzeptanz "produziert".

Klar werden bauliche Veränderungen notwendig. Aber diese werden dann mit Beginn der Veränderung der Schullandschaft ab dem Schuljahr 2015/2016 beginnen.

Fazit: Ich denke, einem weiteren Stück gelingender Schulentwicklungsplanung im Sinne der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, aber auch des Stadtteils geben wir heute grünes Licht. So zeigt sich einmal mehr: Bildungsplanung, Schulentwicklung ist auch Stadtteilentwicklung.

(Beifall)

Stadtrat Krug (CDU): Meine Fraktion wird, wie bereits im Schulbeirat angekündigt, diesen Antrag ablehnen. Das hat nicht in erster Linie damit zu tun, dass manche über-enthusiastischen Befürworter darin den Aufbruch in eine demokratische Schule sehen, die den anderen Schularten, auch didaktisch und pädagogisch, überlegen sei. Das ist für mich Reformlyrik.

Vielmehr hat sich unsere Einschätzung nicht geändert, dass es begründete Zweifel am Modell der Gemeinschaftsschule gibt, die eine Einführung als Regelschule an immer mehr Standorten in Karlsruhe aus unserer Sicht als zumindest übereilt erscheinen lässt. Die Gründe für unsere Einschätzung habe ich bereits mehrfach genannt. Deswegen will ich mich wirklich nur noch auf Stichworte beschränken. Es ist der Umgang mit verstärkter Heterogenität, den wir als nicht zielführend ansehen. Es ist die geänderte Rolle des Lehrers, der zum Lernbegleiter werden soll, was einer Vielzahl von neuesten empirischen Studien, Stichwort: Hattiebericht, widerspricht.

Inzwischen gibt es vereinzelt - das ist wirklich nur ein Eindruck, ich kann es auch nicht verifizieren, aber ich möchte es dann doch einmal feststellen - Berichte von manchen Kolleginnen und Kollegen aus bereits bestehenden Gemeinschaftsschulen, dass dort das pädagogische Konzept in diesem Punkt realistischer umzusetzen versucht wird, also auch das Stichwort: Differenzierung. Das wäre, was Schulentwicklung und Schulreformen betrifft, keine Überraschung. Das gehört in diesem Punkt zur List der Vernunft,

dass schon andere Schulreformen, und zwar völlig unabhängig von der Parteilinie des jeweiligen Kultusministeriums, realistischer umgesetzt wurden.

Noch ein Wort zur Vorlage und der Ernst-Reuter-Schule, die die Schwerpunkte in den folgenden Bereichen setzt:

- Es ist die individuelle und soziale Förderung.
- Es ist das voneinander und miteinander Lernen.
- Es ist der Wechsel von Lehr- und Lernformen.

Sie werden natürlich feststellen, dass diese und ähnliche Schwerpunkte auch in anderen als traditionell geltenden Schularten, wie Gymnasien und Realschulen, ähnlich gepflegt werden und zum Alltag gehören. Das kann man nicht nur den Internetauftritten dieser Schulen entnehmen.

Ob die Gemeinschaftsschule flächendeckend letztlich ein Erfolg sein wird, können wir zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht sagen. Wir können es frühestens in 3 1/2 Jahren versuchen, wenn die ersten Abschlüsse vorliegen.

Herr Dr. Lenz hat es angesprochen, der bisherige Erfolg der Ernst-Reuter-Schule mit über 40 Anmeldungen hat sicher auch mit dem Engagement der Schulgemeinschaft, nicht zuletzt der Lehrkräfte zu tun. Aber wohl auch damit, dass die Ernst-Reuter-Schule schon bisher als Ganztagschule ein Erfolg war. Dies nehme ich als Bestätigung unserer These, dass sich der Zuspruch zu den Gemeinschaftsschulen in Karlsruhe zu einem nicht geringen Teil dem Elternbund verdankt, nach der Grundschule auch an der weiterführenden Schule eine Ganztagsbetreuung zu haben.

Abschließend möchte ich aber festhalten, dass, wenn die Entscheidung für eine Gemeinschaftsschule an der Ernst-Reuter-Schule gefallen ist - der Schulbeirat hat hier eine klare Sprache gesprochen - die Karlsruher CDU-Gemeinderäte selbstverständlich dann daran mitarbeiten werden, dass der von der Schulgemeinschaft dort erhoffte Erfolg auch eintreten wird, natürlich ohne eine unangemessene Privilegierung gegenüber anderen Karlsruher Schulen. Das Stichwort wäre: Tablet für jeden Schüler, aber da gibt es auch hier in diesem Gremium Wünsche.

Bei einer Zustimmung der Mehrheit zu TOP 7 werden wir dann konsequenterweise bei TOP 8 zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Leschinger (GRÜNE): Machen wir uns doch einmal klar, worum es in dieser Beschlussvorlage geht.

Es gibt eine Schule, die Ernst-Reuter-Schule, in der Waldstadt, die sich ausführlich Gedanken gemacht hat, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln will. Ideen wurden - für mich jedenfalls sehr überzeugend - im Schulbeirat Ende Februar präsentiert. Ich fand es beeindruckend, wie viel Arbeit die Schulgemeinschaft in die Entwicklung dieses Konzeptes gesteckt hat, das sehr viele gute Ansätze beinhaltet. Man spürt förmlich die Auf-

bruchstimmung, die Lust, die eigene Schule weiterzuentwickeln und ihr ein Profil zu geben. Ich habe keinen Zweifel daran, dass es dem Team der Ernst-Reuter-Schule gelingen wird, diese Wandlung in eine Gemeinschaftsschule erfolgreich zu stemmen.

Eine vierte Gemeinschaftsschule in Karlsruhe entspricht nach unserer Auffassung dem Wunsch vieler Schülerinnen und Schüler und vieler Eltern. Mir fällt eigentlich kein vernünftiges Argument ein, warum der Gemeinderat nicht unterstützen soll, wenn sich eine Schule so detailliert Gedanken macht, wie sie sich weiterentwickeln will.

Meine Fraktion und ich wünschen der Ernst-Reuter-Schule für die nächsten spannenden Jahre viel Erfolg. Ich bin sicher, dass es der Schule gut gelingen wird, dies in eine gelebte Praxis umzuwandeln.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Müllerschön (SPD): Der Schulbeirat hat sich bereits mit überwiegender Mehrheit für das Konzept ausgesprochen, weil der Wunsch nach längerem gemeinsamen Lernen und Lernzeiten in unserer Stadt vorhanden ist und sich der Gemeinderat mehrheitlich offen zeigt für dieses neue pädagogische Konzept.

Die hohen Anmeldezahlen an den bereits bestehenden Gemeinschaftsschulen sind auch ein deutlicher Hinweis auf das große Interesse an dieser neuen Schulart in unserer Stadt. Die Ernst-Reuter-Schule ist aus Sicht der SPD-Fraktion ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur guten räumlichen Verteilung der Gemeinschaftsschulen in unserer Stadt. Die Ernst-Reuter-Schule hat ein Konzept erstellt, das den interessierten Eltern rechtzeitig vorgestellt werden soll. So steht es auf jeden Fall in der Beschlussvorlage.

Ich denke, gerade im Hinblick auf die Einführung der Gemeinschaftsschulen ist der frühzeitige Dialog mit den Eltern äußerst wichtig. Ich denke, sie müssen detailliert über die Konzeption der Gemeinschaftsschule aufgeklärt werden, um dann die Entscheidung zu treffen, ob diese Schule für ihr Kind auch die richtige ist. Die Eltern dürfen auf gar keinen Fall das Gefühl haben, dass ihnen etwas übergestülpt wird.

Also noch einmal: Der rechtzeitige Dialog ist ganz wichtig, insbesondere in der Waldstadt an der Ernst-Reuter-Schule und gleichsam an der Eichendorffschule, wo grundlegende Veränderungen stattfinden, die Umwandlung zur Gemeinschaftsschule, die Aufhebung der Grundschule und der Werkrealschule, die Schließung des Schülerhorts an der Ernst-Reuter-Schule sowie die Aufhebung der Werkrealschule an der Eichendorffschule und die Vergrößerung des Schulbezirks der Eichendorffschule. Diese grundlegenden Umstrukturierungen können schon leicht zu Verunsicherungen bei den Eltern führen. Insofern ist eine intensive Einbindung und Aufklärung der Eltern das A und O. Sie müssen miteinbezogen werden. Ein erster Schritt ist bereits getan, Herr Bürgermeister Lenz, Sie hatten das schon gesagt, indem man in Verbindung mit dem Bürgerverein Waldstadt an die Eltern herangetreten ist. Aber das kann nur ein erster Schritt sein. Da muss man weiter dranbleiben.

Die SPD-Fraktion begrüßt sehr, dass die Grundschul Kinder bis einschließlich der Klasse 4 an der Ernst-Reuter-Schule bleiben können und die Werkrealschülerinnen und Werkrealschüler an dem Schulstandort ihren Abschluss machen können, an dem sie sich jetzt befinden. Ich denke, die räumlichen Voraussetzungen werden über HGW geklärt. Dann muss man zu gegebener Zeit sehen, welche Umbaumaßnahmen erforderlich sind. Ich hoffe, dass diese Konzeption dann auch in den Fachausschüssen vorgestellt wird. Die SPD-Fraktion freut sich, dass nun die vierte Gemeinschaftsschule im Stadtgebiet eingerichtet werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Jooß (FDP): Für uns ist es ganz wichtig - das habe ich schon in mehreren Beiträgen zur Gemeinschaftsschule gesagt -, dass die Eltern entsprechend dahinter stehen, dass es ein Wunsch der Eltern ist. Den wollen wir natürlich respektieren.

Herr Bürgermeister Lenz hat es schon gesagt: Es ist natürlich eine richtige Arrondierung Nord-Süd-Ost-West, sprich: Grötzingen, Anne-Frank-Schule im Süden, Draisschule im Westen und jetzt die Ernst-Reuter-Schule. Ich habe mit Herrn Knorre, dem Schulleiter, gesprochen und gesagt: "Jetzt springt ihr auch schon auf den Zug auf als letzten Rettungsanker." Er sagt: "Wir haben das natürlich nicht nötig. Wir sind entsprechend gut besetzt. Für uns ist es eine Weiterentwicklung und keine Rettungsaktion, wie vielleicht in manchen Schulen auf dem Land, wo man unbedingt auf die Gemeinschaftsschule aufspringt, um den Schulstandort zu retten."

Aus logistischen Gründen ist es natürlich sehr sinnvoll, dass die Ernst-Reuter-Schule und die Grund- und Hauptschule in der Waldstadt weiter zusammenarbeiten und dass man das entsprechend neu arrondiert. Da kommen wir nachher noch dazu. Ich würde gerne zum Schulbezirk gleich noch etwas sagen. Natürlich werden die Wege für die Grundschüler in Zukunft länger. Unser Credo "Kurze Beine, kurze Wege" wird jetzt natürlich in Frage gestellt. Aber ich denke, es ist zumutbar, das den Kindern in der Waldstadt abzuverlangen. Die Wege sind nicht zu lang. Ich denke, es ist eine super Geschichte zwischen der Eichendorffschule und der Ernst-Reuter-Schule, dass man das entsprechend ausweitet. Für die Waldstadt ist es eine gute Lösung.

Wir sind jetzt vorerst einmal gut besetzt in Karlsruhe, fast flächendeckend, wie Herr Bürgermeister Lenz gesagt hat. Wir wollen jetzt einmal ausprobieren, wie es sich bewährt auf Dauer. Wir werden dem Antrag und dem Schulbeiratsbeschluss zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Cramer (KAL): Wir werden in diesem Jahr noch weitere richtungsweisende Beschlüsse im Bereich der Karlsruher Schulen treffen müssen. Wir sollten - alle Fraktionen, der gesamte Gemeinderat - unvoreingenommen an die Dinge herangehen, die auf uns zukommen. Wir sollten uns nicht leiten lassen, in Opposition der Landespolitik zu agieren. Wir sollten uns nicht leiten lassen, überhaupt Ideologien hier zu vermitteln, sondern immer ganz nah an der Sache dranbleiben, um die es geht.

Meine Fraktion hat immer ganz klar gesagt: Gesamtschule tragen wir dort mit, wo es aus der Lehrerschaft gewollt wird, wo es aus der Elternschaft gewollt wird, d. h., auch in diesem Fall hat die Gesamtlehrerkonferenz und die Schulkonferenz zugestimmt, dass hier eine Gesamtschule eingerichtet wird. Im Grunde genommen reicht das meiner Fraktion schon, dann diesen Weg mitzugehen. Wenn hier immer unterstellt wird, man stülpt den Schulen etwas über, dann stimmt das nicht. Es ist doch in der Schule ein langer Prozess, indem wirklich in Konzepte hineingegangen wird, die erarbeitet werden in Absprache mit allen Betroffenen. Von daher verstehe ich die CDU-Fraktion nicht, dass sie hartleibig bei jeder Gesamtschule immer wieder die gleiche Leier politisch herüberbringt. Das ist doch nicht das, was wir für die Stadt Karlsruhe brauchen.

Eines hat mein Kollege Karl-Heinz Jooß sehr richtig gesagt: Man darf auch nicht schauen, wie es allgemein im Land aussieht, warum Gesamtschulen auf dem Land eingerichtet werden. Da wird es eben oft als letzter Rettungsanker genommen. Das ist in Karlsruhe nicht so. Das müsste auch die größte Fraktion dieses Hauses einfach einmal verstehen und akzeptieren und hier für solche Vorlagen und die Einrichtung von solchen Gesamtschulen mitstimmen.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Auch in die gleiche Richtung wie Lüppo Cramer: Die Schule, die Lehrer und die Eltern haben sich so entschieden. Warum ist es so schwer für die CDU-Fraktion, das zu akzeptieren? Es geht nicht darum, was eine Fraktion will. Wenn die Schule es will, dann sollten wir als Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat ihr keine Steine in den Weg legen und ja sagen, auch dann, wenn mir etwas nicht gefällt.

Ich möchte aber noch einmal daran erinnern: Das, was wir hier Gemeinschaftsschule nennen, ist in fast allen Ländern der Europäischen Union die Schule. Wann will denn die CDU-Fraktion endlich in Europa ankommen? Wann will denn die CDU-Fraktion endlich das letzte Jahrhundert verlassen? Wir müssen unsere Schrauben ein bisschen öffnen und nicht bei den Kindern und Schülern am Anfang differenzieren und trennen, wenn sie klein sind. Nein, zusammenführen und fördern, damit sie zusammen die Schule schaffen und weiterkommen, möglichst viel Bildung, nicht auseinanderdriften lassen. Ich hoffe und appelliere jedes Mal auch an Sie, dass Sie da auch einmal über Ihren Schatten springen.

Ich stimme dem Kollegen Lüppo Cramer zu: Hier zu ideologisieren nützt nichts und ist falsch, weil es zu Lasten der Schülerinnen und Schüler geht und später der Menschen, die einen Job suchen.

(Vereinzelter Beifall)

Stadtrat Mossuto (GfK): Als Stadtrat von Gemeinsam für Karlsruhe und als Waldstadtbürger freue ich mich sehr über die positive Stellungnahme meiner Stadtratskollegen.

Das Vorhaben Gemeinschaftsschule an der Ernst-Reuter-Schule ist zur Absicherung und Konsolidierung der Schullandschaft in der Waldstadt kein Einzelfall, sondern steht im Zusammenhang nicht zuletzt mit dem Einzugsgebiet für die Schüler der benachbarten Stadtteile Hagsfeld und Rintheim. Die heutigen Beratungsvorlagen in TOP 7, 8 und 9 gehören gedanklich zusammen, wie auch Bürgermeister Dr. Lenz richtig erwähnt hat. Die Umwandlung der Ernst-Reuter-Schule zu einer Gemeinschaftsschule stellt einen Paradigmenwechsel durch die neue Formel des Unterrichts dar. Weg von den Lehrenden, sprich: Lehrern zu den Lernenden, sprich: Schüler.

Mit einem Schwerpunkt Medienerziehung will die Ernst-Reuter-Schule in der Waldstadt Vorreiterin in Baden-Württemberg werden. Und sie schafft es auch. Durch die Umstellung auf die Gemeinschaftsschule, ergänzt durch den Ausbau der Eichendorffschule zu einer Ganztagsgrundschule und Abrundung durch das OHG, also des Sportgymnasiums, zeichnet sich die Waldstadt als innovativer Stadtteil aus. Das Gemeinschaftsschulekonzept der Ernst-Reuter-Schule und die Weiterentwicklung der Schullandschaft in der Waldstadt wurde - wie bereits von Herrn Dr. Lenz erwähnt - am 13. Februar bei einer öffentlichen Veranstaltung des Bürgervereins mit Vertretern der Schulen, des Städtischen Schulamtes und der Stadt Karlsruhe vorgestellt.

Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Lenz, hier nur bestätigen, dass das Konzept bei den zahlreichen anwesenden Bürgern eine positive Resonanz und Unterstützung von den betroffenen Eltern erfahren hat. Meinen Kollegen von der SPD möchte ich auch versichern, dass dieser Prozess des Gesprächs mit den Eltern in der Waldstadt ein kontinuierlicher Prozess ist.

Stadtrat Wenzel (FW): Der Wunsch eines integrierten Bildungsangebots ist im Stadtteil Waldstadt groß und kann sich auch einer großen Unterstützung des Bürgervereins erfreuen.

Eine grundlegende Veränderung des Schulbezirks und des Bildungsangebotes kann nur Hand in Hand mit Lehrern, Schülern und Eltern erfolgen. Dieser Entwicklung werde ich mich nicht entschließen und stimme dieser und den nächsten Vorlagen zu.

Stadtrat Krug (CDU): Ich bin direkt angesprochen worden, deswegen bitte ich zu entschuldigen, wenn ich noch einmal das Wort ergreife.

Wir fällen diese Entscheidung, weil wir sie für verantwortlich halten. Ich habe es auch hier wieder klar gemacht, in dreieinhalb Jahren haben wir die ersten Ergebnisse, dass dieses Konzept funktioniert. So lange wir davon nicht überzeugt sind, gehen wir dieses Risiko nicht ein. Nehmen Sie es mir ab, dass ich als Pädagoge auch ganz bewusst meine Verantwortung habe. Ich sehe aber natürlich auch, dass es andere anders sehen, die ebenfalls in diesem Feld Erfahrung haben. Herr Høyem sagte es: Es ist kein Konsens unter den Pädagogen.

Ich möchte allerdings, Herr Cramer, Ihnen jetzt doch einmal in Erinnerung rufen, dass wir nicht alles abgelehnt haben. Wir haben der ersten, nämlich Grötzingen, zugestimmt, und uns hier im Übrigen sehr wohl gegen die Landes-CDU gestellt, wie wir uns bei einem anderen Punkt, nämlich bei G 9, auch gegen die Landes-CDU stellen. Wir

lehnen die Gemeinschaftsschule als Regelschule ab. So lange man uns fragt, müssen wir bei unserer Überzeugung bleiben. Alles andere wäre unredlich.

Wenn wir hier G 9 und Ganztagschulen in anderen weiterführenden Schulen hätten, dann hätten wir möglicherweise andere Anmeldezahlen. Auch das ist ein Punkt, den man bei der ganzen Begeisterung für die Gemeinschaftsschulen, die wir nicht teilen, nicht vergessen darf.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Fostiropoulos: Dass das Konzept der Gemeinschaftsschule in den anderen europäischen Ländern umgesetzt wird, sehe ich nicht so. Was die umsetzen, ist vielleicht das Konzept der Gesamtschule. Herr Mossuto hat es betont. Es ist das pädagogische Konzept, das wir ablehnen und das neu ist. Nach meinem Kenntnisstand und nach meiner einjährigen Erfahrung als Lehrer Ende der 90er Jahre an einer Comprehensive School in England wird dieses Konzept in vielen anderen europäischen Ländern nicht umgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um das Kartenzeichen. Dann haben wir 13 Nein-Stimmen, der Rest sind Ja-Stimmen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
16. April 2014